

Jenseits des Kapitalismus. Ein Workshop über Zukunft im Zeichen der Krise von Fabian Anicker

Zuerst veröffentlicht in Zeitschrift für Theoretische Soziologie 1/2016, S. 142-148.

Vom 4.-6. Februar 2016 fand an der Bergischen Universität Wuppertal die vom Zentrum für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit (Transzent) ausgerichtete Tagung »Jenseits des Kapitalismus« statt. Die thematischen Initiatoren, Smail Rasic und Wolfgang Streeck, zielten mit diesem Programm nicht nur auf die Analyse der Strukturprobleme des Kapitalismus, sondern hatten auch die Frage nach alternativen Wirtschaftsformen aufgeworfen. In seinem kurz gehaltenen Begrüßungsvortrag beschrieb Smail Rasic (Wuppertal) die zeitgeschichtliche Ausgangslage. Mit dem Untergang des real existierenden Sozialismus, dem Fehlschlagen der Gorbatschow-Reformen und dem Tian-Anmen-Massaker sei die Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus enttäuscht und von einer Hegemonie neoliberaler Ideologie und Politik an den Rand gedrängt worden. Seit der Finanzkrise 2008 sei jedoch ein Stimmungsumschwung in der Öffentlichkeit eingetreten, womit nicht nur die wirtschaftliche Wohlfahrtsleistung, sondern auch die politische Legitimation des Kapitalismus in Frage stehe. Offen sei, ob die sozialistische Kernforderung nach Vergesellschaftung zentraler Produktionsmittel neuen Aufwind erhalten werde, oder ob nicht vielmehr eine rechts-populistisch betriebene Rückkehr zu ethnisch definierten Schutzräumen eines präkapitalistischen Paternalismus drohe.

Damit war das Spannungsfeld eröffnet, in dem sich die meisten Vorträge bewegten. Für eine flüssigere Darstellung der verhandelten Themen weiche ich, wo es mir Zusammenhänge zwischen Vorträgen nahezulegen scheinen, von der faktischen Reihung der Vorträge ab.

1 Systemkrise des globalen Kapitalismus

Wolfgang Streeck (Köln) gab in seinem Vortrag *The Short Future of Capitalist Society* einen Überblick über verschiedene Krisendiagnosen, die allesamt mit einem baldigen Ableben des kapitalistischen Patienten rechnen (vgl. Wallerstein et al. 2014). Immanuel Wallerstein rechne mit einer Strukturkrise, die nicht zuletzt auf die mangelnde Rentabilität des Kapitalismus für die Kapitalisten selbst zurückzuführen sei. Die Akkumulationschancen unter den unberechenbaren Bedingungen eines instabilen Weltwirtschaftssystems seien ungünstig. Nach dem Ende der US-Hegemonie sei von sinkenden Gewinnmargen für die Unternehmen auszugehen, welche, aus der Protektion entlassen, mit steigender Konkurrenz um knappe Ressourcen bei gleichzeitig sinkender Nachfrage zu rechnen hätten. Da immer mehr menschliche Arbeitskraft durch Technologie ersetzt werden könne, gebe es immer weniger kaufkräftige Arbeitnehmer als Kunden, die einem Heer von verarmten Arbeitslosen gegenüberstünden. Wallerstein prognostiziert auf Basis dieser Annahmen scharfe Klassenkonflikte zwischen einer winzigen aber finanzkräftigen Kapitalistenelite (»the Forces of Davos«) und dem Rest der Menschheit (»the Forces of Porto Allegre«), die einen Systemwechsel zugunsten einer der Klassen erzwingen würde. Wallerstein sieht das kontemporär instabile Weltsystem demzufolge vor den langfristigen Alternativen eines »hypermodern fascism« oder eines »modern socialism«.

Die Krisentheorie von Randall Collins wurde von Streeck als monokausal-deterministisches Szenario vorgeführt, das den Untergang des Kapitalismus aus der technologischen Entwicklung ableite. Die Technologie sei in Zukunft so weit entwickelt, den Menschen in allen Bereichen zu ersetzen, wodurch dem Kapitalismus die Grundlage (i.e. die Nachfrage der Konsumenten) entzogen sei. Bisher habe Bildung als »hidden Keynesianism« funktioniert und Fähigkeiten und

Bedürfnisse geschaffen, die ein »crowding out« des Produktionsfaktors Mensch noch verhindert habe – durch die Fortschritte der künstlichen Intelligenz sei diese retardierende Strategie jedoch nicht mehr verfügbar.

Nur kurz ging Streeck auf die verhalteneren Einschätzungen von Craig Calhoun und Georgi Derluguian ein. Calhoun sehe noch Potential für Reformen durch eine »sufficiently enlightened group of capitalists« und wage kaum Vorhersagen zur Zukunft des Systems. Derluguiani versuche, die Frage nach der Zukunftsträchtigkeit des kapitalistischen Systems vor allem anhand eines Vergleichs mit der Situation vor dem Zerfall der UDSSR zu erhellen, und arbeite dabei auch Faktoren heraus, die für eine größere Resistenz des Kapitalismus vis-a-vis Sozialismus sprächen. So sei der Kapitalismus weder ähnlich stark auf einen zentralen Staat zugeschnitten noch unter vergleichbarem Druck einer konkurrierenden Systemalternative.

Streeck selbst erkennt in der Heterogenität der Krisenszenarien ein Anzeichen für die systematische Unbestimmtheit des Phänomens. Wie Wallerstein sieht er den Kapitalismus in einer chaotischen Phase, die zwar erlaube, die Faktizität der Systemkrise zu bestimmen, nicht aber klare Prognosen über den weiteren Verlauf aufzustellen. Zudem könnten die von den Autoren herausgearbeiteten Strukturprobleme des Kapitalismus additiv verstanden werden, sodass sich überlagernde Krisenmotive zu einem langsamen Tod des Kapitalismus führen würden: »a death from a thousand cuts«. Doch die Gesellschaft stirbt nicht mit ihrem Wirtschaftssystem. Jene müsse sich nach dem absehbaren Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft auf eine Phase des »Interregnum« (Gramsci) gefasst machen. In dieser Phase sozialer Entropie breche die kapitalistische »Systemintegration« (Lockwood) weg, sodass regressiv-identitäre Kleingruppen als einzige Instanzen protogesellschaftlicher Ordnung einer »undergoverned society« fungierten. Streeck sieht dieses apokalyptische Szenario der Rückkehr tribaler Gesellschaftsstrukturen denn auch in einer gewissen Spannung zu der »modernen Verpflichtung zum Optimismus«.

Auch Claus Offe (Berlin) wartete in seinem Vortrag *Die Dynamik der »säkularen Stagnation«* mit einer Reihe ineinander verschachtelter Krisendiagnosen auf, wobei er das Hauptaugenmerk auf die Spannung zwischen Wachstumszwang der kapitalistischen Ordnung und die empirische Tendenz zum Nullwachstum in entwickelten kapitalistischen Ökonomien legte. Wachstum sei als funktionale Notwendigkeit im kapitalistischen System verankert, denn nur die Erwartung weiteren Wachstums schaffe Anreize zur Investition. Zu Zeiten des Aufschwungs funktioniere die positive Konjunktüreinschätzung als selbsterfüllende Prophezeiung, wobei sich Investitionen über gezahlte Gehälter und Steuern ihre eigene Nachfrage schafften. Ohne die investive Gewinn- und damit Wachstumserwartung breche dieses System zusammen. Der Kapitalismus sei daher wie ein Fahrrad, das umfällt, wenn es stillsteht. Es gebe Anzeichen, die in Richtung einer »säkularen Stagnation«, also eben eines solchen langfristigen Stillstands des Wirtschaftswachstums, deuten. Die Hauptursachen für das erwartete Nullwachstum in westlichen Industrieländern sieht er in der gewachsenen Konkurrenz aus China und Indien, dem demographischen Wandel (und dadurch sinkender Kaufkraft der Verbraucher), den niedrigen Zinsen und der hohen Staatsverschuldung. Durch diese makroökonomischen Disproportionen entstehe eine Art *Circulus vitiosus*. Die Sparquote sei zu hoch, wodurch Kaufkraft beim Konsum fehle, worauf die Industrie mit zurückhaltender Investitionstätigkeit reagiere, worauf die Arbeitslosigkeit steige und damit auch die Nachfrage weiter abnehme. Der Staat könne wegen der hohen Staatsverschuldung ebenfalls nicht stimulierend eingreifen, sodass Offe letztlich eine Spirale aus Deflation und Wirtschaftsschrumpfung vorhersagt. Dieses Problem ließe sich möglicherweise durch ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger lösen, weil dadurch die Nachfrage befördert werde. Offe koppelte diese Krisendiagnose mit dem

zusätzlichen Hinweis auf die ökologische Krise und den Klimawandel, die als schädliche Nebenfolgen des Kapitalismus die Staaten nicht nur vor technische Hindernisse sowie Dilemmata des kollektiven Handelns, sondern auch vor das normative Problem der gerechten Verteilung der Lasten stelle.

2 Gemeinschaft und Demokratie im Kapitalismus

Im zweiten Themenblock ging es um das Verhältnis von Demokratie und Gemeinschaft zum Kapitalismus und die Bruchstellen zwischen Selbstverwertung des Kapitals und Selbstbestimmung des Demos. Mit dieser Fragestellung wurden vor allem normativ-rekonstruktive Forschungsansätze aufgerufen.

Petar Bojanic (Belgrad) versuchte, aus dem Begriff der Korporation bei Hegel eine kritische Option gegen die neoliberale Vorstellung von Wirtschaftsakteuren als isolierte Nutzenmaximierer zu gewinnen. Der Korporationsbegriff, so Bojanic, eigne sich um zu zeigen, was auch schon Claus Offe in einer Variation auf Böckenförde angemerkt hatte: Der Kapitalismus ruht auf Bedingungen, die er selbst nicht einholen kann. Bojanic führte aus, dass Hegel unter Korporation sowohl ein soziales, wie auch ein legales und moralisches Phänomen verstehe. Die Zivilgesellschaft formiere sich erst durch Korporationen, in deren Rahmen Gemeinschaftserfahrungen möglich würden. Aus dieser These suchte Bojanic einen ethischen Gehalt auch des kapitalistischen Wirtschaftens zu begründen, denn für Hegel sei der Mensch nur dann Teil einer »weltlichen Allgemeinheit«, wenn er einen Stand bzw. eine Gruppenzugehörigkeit habe. Die Rede vom Stand impliziere also die Zugehörigkeit zu einer Korporation und zur Arbeit gehöre ein Berufsstand, der eine »contre-institution« (Saint-Simons) gegen die Individuationsbedingungen des Kapitalismus darstelle. Insofern sieht Bojanic in Hegel einen Fortführer des Anliegens von Adam Smith, der die Notwendigkeit einer sittlich-moralischen Einbettung des Kapitalismus betont hatte.

Maeve Cooke (Dublin) setzte sich kritisch mit Axel Honneths (ebenfalls hegelianischem) Versuch auseinander, die Struktur der Marktwirtschaft als eine potentielle Sphäre der Freiheit zu begreifen. Sie definierte Freiheit als intersubjektiv, inklusiv und nicht-instrumentalistisch. Ihre Auseinandersetzung mit Honneths *Das Recht der Freiheit* (vgl. Honneth 2011) lief daher unter der Fragestellung, inwieweit es Honneth gelingt, die Wahlverwandtschaft von Märkten und intersubjektiver Freiheit nachzuweisen. Honneth gehe, im Gegensatz zu Habermas, nicht von einer ethischen Neutralität des Marktes aus, sondern verstehe den Markt als Quelle möglicher Freiheit. Sie resümierte Honneths Position, wonach in die Grundprämissen von Marktinstitutionen die wechselseitige Anerkennung der Tauschpartner eingeschrieben ist. Diese sittliche Idee der interdependenten Zielverfolgung unter Bedingung wechselseitiger Anerkennung ist freilich nach Honneth im empirischen Kapitalismus nicht verwirklicht, sondern durch die egoistische Interessenwillkür verdeckt. Cooke bezweifelte, dass Honneth in dieser Argumentation tatsächlich eine Freiheit-kreierende (»freedom generating«) Funktion des Marktes gezeigt hätte. Weil er nicht scharf zwischen einer genuin Freiheit schaffenden Funktion des Marktes und einer bloß Freiheit befördernden Funktion (»freedom facilitating«) unterscheide, unterstelle er dem Markt eine Verbindung von Freiheit und intrinsischer Gemeinwohlorientierung, die in dieser Form nicht haltbar sei. Kapitalistische Märkte könnten Freiheit nicht hervorbringen, sondern lediglich befördern, denn die im Marktmechanismus institutionalisierte Idee der legitimen Interessenverfolgung lasse offen, ob die Marktteilnehmer

das eigene Interesse im Sinne intersubjektiver Freiheit oder eines egoistischen Nutzenkalküls interpretieren müssen.

Einen Schritt weiter ging Lutz Wingert (Zürich) in seinem Vortrag *Kollektivgüter jenseits des Kapitalismus*. Sein Ziel war, zu zeigen, dass das Bewusstsein gemeinwohlorientierter Interessenverfolgung nicht nur kein Automatismus der kapitalistischen Wirtschaftsform sei, sondern der Kapitalismus mit einer Haltung, die zur Bereitstellung kollektiver Güter erforderlich ist, schlicht inkompatibel sei. In Anschluss an Forschung von Elinor Ostrom sprach er sich dafür aus, die Theorie der Kollektivgüter (Gemeingüter mit offener Nutzerschaft und nicht-rivalisierendem Konsum wie z. B. Umweltschutz) von einem »konsumatorischen Sprachspiel« zu lösen, sodass Kollektivgüter unabhängig vom Menschenbild des Homo oeconomicus analysiert werden können. Kollektivgüter benötigten für ihre Bereitstellung eine »Wir-Perspektive«, die in der wettbewerbslogischen Struktur des Kapitalismus nicht möglich sei. Unter kapitalistischen Strukturen gebe es immer den Anreiz, sich an der Aufrechterhaltung des Kollektivgutes nicht zu beteiligen. Er plädierte daher für strukturelle Reformen, die Kollektivgüter dem privatwirtschaftlichen Zugriff entziehen.

Hauke Brunkhorst (Flensburg) aktualisierte in seinem Vortrag *Democracy under Siege* die Habermas'sche Theoriefigur eines Strukturwandels der Öffentlichkeit unter den heutigen Bedingungen einer neoliberalen Wende. Dabei geht es Brunkhorst, anders als Habermas, nicht so sehr um die Produktionsbedingungen der veröffentlichten Meinung, sondern um die Entmachtung der Öffentlichkeit durch internationales Recht. Der mit Hegel begründete Doppelcharakter des Rechts als Gleichzeitigkeit von Freiheit und Faktizität diene Brunkhorst als Ausgangspunkt, um die selektive Entwicklung dieses Potentials zu untersuchen. Statt einen Rechtsraum zu schaffen, der sich für »organische globale Solidarität« eigne, habe eine einseitige Internationalisierung kapitalistischen Zivilrechts stattgefunden, wodurch die Verbindung von Rechtssetzung und bürgerlicher Öffentlichkeit gekappt worden sei. Die Ursache liege in der Machtnahme autoritärer Gruppen, die öffentliches Recht durch internationales Administrativrecht umgingen. Als Beleg führte er das »verdeckte Curriculum« (Offe) der auf Liberalisierung und Wettbewerbsrecht fixierten EU an. Der Doppelcharakter des Rechts sei daher in den aktuellen Rechtsverhältnissen nicht mehr festzustellen, die, als reine Faktizität, nur als Überbau der herrschenden Klasse und in Ihrer Funktion der »Legitimation durch Verfahren« (Luhmann) verstanden werden könnte. Die einzige Hoffnung liege darin, die in den 1960ern begonnene bürgerrechtliche Revolution im Sinne eines internationalen demokratischen Sozialismus wieder aufzunehmen.

Auch Collin Crouch (Warwick) interessiert sich in seinem Buch *Making Capitalism fit for Society* für die demokratische Steuerungsfähigkeit des Kapitalismus, das im Rahmen eines Author-meets-Discussants-Formats diskutiert wurde. Neben einer kurzen Vorstellung der Hauptthese des Buchs – der Kapitalismus ist kein selbststabilisierendes System, sondern braucht das Gegengewicht eines starken Sozialstaats, um im öffentliche Interesse zu funktionieren – gab er auch eine kurze Verortung des neuen Buchs in seinem Gesamtwerk: In diesem Buch habe er versucht, entgegen des pessimistischen Grundtons früherer Werke, mögliche Lösungen und optimistische Visionen zu entwickeln. Anders als die meisten anderen Referenten sah Crouch denn auch durchaus Anzeichen für eine Rückkehr sozialdemokratischer Ideen. Der politische Konservatismus sei, zumindest in der EU, im Rückgang und die neoliberale Programmatik sei, sobald sie sich in Form von Parteiprogrammen dem Wählerwillen stelle, nicht mehrheitsfähig. Allerdings stünden den Interessenten neoliberaler Politik auch andere Möglichkeiten der

Einflussnahme zur Verfügung: Nur die politische Linke brauche Ideen, die Rechte könne sich auf den Druck durch die Finanzmärkte verlassen. Ausgehend von dieser Asymmetrie stellte er die verhaltene Frage, unter welchen Umständen es möglich sei, den Neoliberalismus zu sozialdemokratischen Kompromissen zu bewegen. Denn die aktuelle Situation, die er durch abnehmende Kaufkraft der Konsumenten, die Gefahr des populistischen Rechtsextremismus und eine sich abzeichnende Abkehr von IMF und Weltbank von neoliberaler Politik gekennzeichnet sieht, sei auch für das Kapital riskant. Die rechtspopulistische Renationalisierung bedrohe die Akkumulationsinteressen des Kapitals, das auf die freie Zirkulation von Gütern und Dienstleistungen über nationale Grenzen hinweg angewiesen sei. Der Kapitalismus benötige demzufolge den Rückhalt eines politischen Internationalismus und ist deshalb, so Crouch, auch für sozialstaatliche Konzessionen offen. Das Ziel müsse eine globale Regulierung des Kapitalismus sein, die den sozialdemokratischen Kompromiss erneuert.

In Ihren Kommentaren kritisierten Regina Kreide (Gießen) und Wolfgang Streeck die Ihrer Ansicht nach zu optimistische Sichtweise auf den Kapitalismus, die dessen zerstörerisches Potential und seinen Antagonismus zur Demokratie unterschätze. Kreide insistierte, dass die kompensatorische Umverteilung bei Privatbesitz der Produktionsmittel nicht genüge und stattdessen eine genuine »socialization from below« stattfinden müsse. Streeck nannte eine Reihe von Gründen, die an der politischen Attraktivität der klassischen Sozialdemokratie zweifeln ließen. Wie schon Kreide wies er auf die Tendenz zum Rückzug aus dem politischen Leben hin, die sich gerade bei den Verlierern des Systems zeige, weshalb statt Protest Apathie herrsche. Ferner würden die »ugly voices of the marginalized« im politischen Diskurs kaum Gehör finden, da den unteren Klassen keine legitime Sprache zur Verfügung stehe. Die Mobilisierungschancen für eine internationale Arbeiterbewegung seien alles andere als günstig, denn das Kapital habe sich transnationalisiert, die Arbeit nationalisiert.

Crouch äußerte Bedenken gegen eine umfassenden Vergesellschaftung der Produktionsmittel, da der Systemwechsel unweigerlich durch eine Phase des Staatsmonopolismus hindurchgehen müsse – und solche Übergangsphasen bekanntlich gewisse Beharrungskräfte aufwiesen. Gegen die massiven Einwände zur Inkompatibilität von Demokratie und Kapitalismus zog er sich mit einem Aperçu elegant aus der Affäre: In der Theorie gebe es Widersprüche, im Leben aber nur Spannungen.

3 Aktualität des Marxismus

Rita Casale (Wuppertal) hielt in ihrem Vortrag *Die Heimatlosen der bürgerlichen Moderne* wohl die größte Kontinuität zu Motiven der frühen Kritischen Theorie. Ihr zufolge liegt das begriffliche Problem der aktuellen Kapitalismuskritik in der Trennung von Politischem und Sozialem, der eine Trennung von Politik und Ökonomie korrespondiere. Sie plädierte demgegenüber dafür, die moralisch-kulturellen Ermöglichungsbedingungen des Kapitalismus mit zu berücksichtigen, sodass nicht das Wirtschaftssystem, sondern der Komplex Ökonomie-Recht-Moral Gegenstand der Analyse sein müsse. Einen derart umfassenden Ansatz sieht sie, nach dem Scheitern des Hegelianismus, nur noch bei Foucault angelegt, dessen Subjekttheorie sie mit der postoperaischen Theorie von Hardt/Negri verband. Mit der Akzeptanz des postoperaischen Theorems einer subkutanen Herrschaftsstruktur, die kein Außen mehr kennt, fällt freilich jene Spannung zwischen Arbeit und Kapital weg, die für eine konfliktsoziologische Interpretation des Kapitalismus Voraussetzung ist. Die »Multitudo« (Hardt/Negri) lasse sich daher nicht mehr als geschichtliches Subjekt der Revolution verstehen, da sie nicht in einem Gegensatz zum Kapital stehe, sondern in einem Zustand der »Entunterwerfung« (Foucault) von diesem durchdrungen sei. Angesichts dieser Problematik zielt Casale darauf, eine

»subjektivistische Sichtweise« auf den Kapitalismus zu entwickeln, die die Konfrontation von Arbeit und Kapital durch die Entgegensetzung von Subjekt und Struktur ersetzt. Diese widerständige Subjektivität kann allerdings unter diesen theoretischen Prämissen nur noch als Leerstelle gedacht werden. Das Subjekt sei ein Nichts, das sich in Momenten der spontanen Rebellion gegen die »Nicht-Passung« in den biopolitischen Herrschaftszusammenhang bemerkbar mache. Diese existenzialistisch angehauchte Erneuerung des Entfremdungsmotivs der frühen Frankfurter Schule führt Casale zu einer besonderen Aufmerksamkeit für das Gefühl des »Unzuhauses«, das von allen Lebensformen erfahren würde, aber immer schon von bestimmten Gruppen in besonderer Weise verkörpert worden sei. Die jüdische Lebensform des »Zuhause-seins in der Heimatlosigkeit« habe den antisemitischen Hass deshalb auf sich gezogen, weil sie die allgemeine Entfremdung umso deutlicher zu Gespür bringe. An der Geschichte der Arbeiter und Frauen zeigt sich laut Casale die tragische Nicht-Identität von Emanzipation und Befreiung, denn die rechtliche Emanzipation der Arbeiter und Frauen sei mit der Subsumtion ihrer Lebensform unter die bürgerliche Ideologie der Selbstgenügsamkeit des Einzelnen einhergegangen.

Smail Rasic entwickelte eine Lesart des historischen Materialismus, die in Rückgriff auf die Schriften Friedrich Engels, Max Webers, Talcott Parsons, Adam Smiths, die Deutsche Ideologie und die zweite Feuerbachthese eine normative Eigenlogik des Rechts gegen ein orthodoxes Verständnis des Basis-Überbau-Theorems zu behaupten suchte. Dafür unterlegte er seiner Analyse die Habermas'sche Unterscheidung von Teilnehmer- und Beobachterperspektive. Nur in der Perspektive des Beobachters erscheine das Recht als institutioneller Überbau der Mehrwertakkumulation des Kapitals. Aus Teilnehmerperspektive könne in der Abfolge der unterschiedlichen Rechtssysteme ein normativer Fortschritt gesehen werden, sodass Engels die rechtsstaatliche Demokratie zu Recht als höchste Staatsform bezeichnen könne, deren allgemeine Durchsetzung eine »unvermeidliche Notwendigkeit« sei. Der Begriff der Notwendigkeit habe im historischen Materialismus nicht nur die Bedeutung kausaler Determination, sondern meine auch die Unhintergebarkeit bestimmter Entwicklungsniveaus. Das normative Potential des Rechts versuchte er in einer unkonventionellen Weber-Interpretation nachzuweisen, dessen Begriff der Rationalisierung des Rechts durch die Betonung der Kohärenz des Rechtssystems noch Kontakt zu wertrationalen Gehalten bewahre. Ähnlich wie Habermas favorisiert Rasic also eine Doppelperspektive, die eine systemfunktionale Erklärung des Siegeszugs des Kapitals in den Steuervorteilen des Geldmediums (Parsons) verortet, ohne auf eine normativ angeleitete Explikation von »Bedingungen der Befreiung« zu verzichten.

4 Gendertheoretische Perspektiven

In ihrem, durch den Ausfall des Vortrags von Nancy Fraser etwas vereinzelt, Vortrag *Gender and Sexuality: within and beyond Capitalism* kritisierte Cinzia Arruza (New York) die verbreitete Annahme einer Wahlverwandtschaft von Kapitalismus und weiblicher Emanzipation. Der Kapitalismus habe die Frauen zwar in den Arbeitsmarkt integriert, dadurch aber nicht die Institutionen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der männlichen Herrschaft abgeschafft. Traditionelle Formen der Unterdrückung würden lediglich durch Kommodifizierung transformiert, was sich beispielsweise an der Kontinuität von Gewalt gegen Frauen in Indien und der primären Zuständigkeit von Frauen für Aufgaben der sozialen Reproduktion wie Erziehung und Bildung zeigen lasse. Auch in Bezug auf Sexualität sieht sie, mit Foucault, die kapitalistische »Gesprächigkeit« der sexuellen Selbstoffenbarung nicht als

Fortschritt, sondern als andere Form der Repression, die die Sexualitäten kategorisierend zergliedert und damit der Unbestimmtheit und Offenheit sexueller Triebe und Neigungen nicht gerecht wird.

5 Systemische Alternativen zum Kapitalismus

In den drei abschließenden Vorträgen ginge es um systemische Alternativen zum Kapitalismus. Peter Imbusch (Wuppertal) fragte in seinem Vortrag, inwiefern das lateinamerikanische Projekt eines »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« eine Alternative zum Kapitalismus darstellen könne. In den Entwicklungen von Venezuela, Bolivien und Ecuador sieht er jedoch weniger einen reflektierten Umbau gesellschaftlicher Machtverhältnisse, als vielmehr eine neue Welle des Links-Populismus. Dem Links-Populismus liege ein »dichotomisches Gesellschaftsverständnis« zugrunde, das von der Polarität von »the people versus the powerful« zehre und bei dem sich der charismatische Führer, unter Umgehung formal-demokratischer Partizipationskanäle, direkt an »die einfachen Leute« wende. Wegen der fehlenden Kohärenz der linkspopulistischen Politik und ihrer Angewiesenheit auf neo-extraktivistische Finanzierung zog Imbusch ein skeptisches Fazit mit Bezug auf die Nachhaltigkeit der erreichten Erfolge. Dem gegenwärtigen Links-Populismus sei zwar das Verdienst anzurechnen, soziale Ungleichheiten wieder politisiert zu haben, eine konsequent sozialistische Politik sei aber nicht zu erkennen. Imbusch sieht im Links-Populismus daher ein Symptom für die ungelöste soziale Frage und die Schwächen der Demokratie, nicht deren Lösung.

Thomas Heberer (Duisburg-Essen) untersuchte in seinem Vortrag, inwieweit das »Modell China« als eine Systemalternative jenseits von Kapitalismus und Sozialismus verstanden werden könne. China ließe sich als »Entwicklungsstaat« verstehen, der in den staatlichen Institutionen Kapazitäten für die Regulierung und Steuerung der privatwirtschaftlichen Entwicklung vorhalte. China kombiniere eine liberale Wirtschaftspolitik mit einem autoritären Kontrollsystem und generiere Output-Legitimität über die Sicherung von Stabilität und Wirtschaftswachstum. Die politische Steuerungskapazität ist laut Heberer jedoch nicht zentralisiert, sondern horizontal und vertikal fragmentiert. Insbesondere den Lokalregierungen stünden starke Instrumente für die Einflussnahme auf Unternehmen zur Verfügung. Daher koexistiere eine Vielzahl lokaler Entwicklungsmodelle in den verschiedenen Landkreisen, mit je unterschiedlichen Strategien und unterschiedlich starker politischer Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung. In Bezug auf die langfristige Stabilität des »Modell China« fällt Heberers Bilanz ambivalent aus. China habe durch zahlreiche Sozialprojekte im ländlichen Raum für Stabilität und Modernisierung gesorgt. Wegen der großen sozialen Ungleichheit, der Korruption und einem wahrgenommenen moralischen Verfall zweifle die Bevölkerung jedoch an der Zukunft des Systems. Heberer sieht in dem fragmentierten chinesischen Entwicklungsstaat kein Modell für andere Entwicklungsländer, da der Entwicklungspfad zu stark auf Chinas Besonderheiten basiere. Das Entwicklungskonzept lasse sich zudem nicht als Umsetzung kommunistischer oder sozialistischer Ideen verstehen, sondern orientiere sich eher an der Entwicklungsstrategie anderer ostasiatischer Staaten.

Hans-Christoph Binswanger (St. Gallen) verband in seinem, wegen Krankheit leider nur in Abwesenheit verlesenen, Vortragsmanuskript eine Kritik des systemimmanenten Wachstumszwangs des Kapitalismus mit Vorschlägen für monetäre Reformen im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaft. Volkswirtschaftlich betrachtet zahlten sich Investitionen nur dann aus,

wenn der Erwartungswert des Gewinns in der Gesamtwirtschaft positiv sei. Weil die Banken in der Kreditvergabe nicht nur bestehendes Geld verliehen, sondern neues Geld schöpften, würde die Geldmenge kontinuierlich erhöht, die wegen des »Time Lags« zwischen Produktion und Konsum als durchschnittlicher Nettogewinn an die Unternehmen fließe. Auf diese Weise entwickle sich der Wirtschaftskreislauf zu einer Wachstumsspirale, in der das Wachstum der Produktion und die Geldschöpfung dafür sorgen, dass Gewinne entstehen und diese Gewinne wiederum als Voraussetzungen weiteren Kapitaleinsatzes fungieren. Dieses »Perpetuum mobile« bedeute jedoch gleichzeitig einen Wachstumszwang, denn die Alternative zu weiterem Wachstum sei nicht das Verharren auf bestehendem Produktionsniveau, sondern eine Umkehrung der Wachstumsspirale. Sinkende Nachfrage führe zu Verlusten bei den Unternehmen und zu weniger Investitionsbereitschaft – Wachstum lässt sich also nicht bremsen, sondern nur umkehren. Um die destruktive Dynamik des kapitalistischen Wachstumszwanges unter Kontrolle zu halten, schlug Binswanger eine Reihe möglicher Reformen des Geldsystems vor, die vor allem darauf abzielten, die Geldschöpfung zu drosseln oder anders zu organisieren (beispielsweise alleinige Geldschöpfung durch die Zentralbank). Dabei müsse die Reform des Geldsystems durch Reformen des Unternehmensrechts ergänzt werden, wobei Binswanger insbesondere anregt, den Aktienhandel mittels verschiedener Maßnahmen zu regulieren (Wiedereinführung der Unterscheidung von Namens- und Inhaberaktien, Sperrfrist für Verkäufe von Namensaktien, oder eine Förderung nicht-spekulativer Unternehmensformen wie Stiftungen oder Genossenschaften). In der Diskussion des Papiers wurde zwar an der machtpolitischen Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung gezweifelt, aber auch das »lautlos radikale« (Wingert) Denken Binswangers gewürdigt.

Insgesamt bot die Tagung anregende Perspektiven auf den Gegenwartskapitalismus, zeigte aber auch die Probleme, vor denen die sozialwissenschaftliche und sozialphilosophische Kapitalismuskritik derzeit steht. Inhaltlich herrschte weitgehende Einigkeit über den Befund einer tiefgreifenden Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems, deren Ursache übereinstimmend in der Durchsetzung neoliberaler Institutionen seit den 1970er Jahren gesehen wurde. Insofern man die diskussionsprägenden Krisendiagnosen von Streeck, Crouch und Offe als eine Anknüpfung an das kapitalismuskritische Kerngeschäft der Kritischen Theorie verstehen darf, fällt auf, dass evaluative und normative Fragen, aber auch die gesellschaftstheoretische Verortung des Kapitalismus in den Vorträgen eine vergleichsweise geringe Rolle spielten. Anders als in der traditionellen Frankfurter Schule ging es, mit den Ausnahmen von Casale und Raptic, weder um die problematische »Totalintegration« der Individuen in einen monistischen Herrschaftszusammenhang noch um die pathologischen Verzerrungen der gesellschaftlichen Rationalität. Stattdessen zeichnet sich eine Rückbesinnung auf das Marx'sche Theorieprogramm einer Kritik der politischen Ökonomie ab, die sich auf die destruktive Dynamik des Wirtschaftssystems im engeren Sinne konzentriert. Theoretisch wird damit wieder an konflikttheoretische Interpretationen der kapitalistischen Dynamik angeknüpft, wobei die Analyse ihre Instrumente zu einem großen Teil aus der konventionellen, »bürgerlichen« Ökonomik bezieht. Die Kapitalismuskritik verlegt damit ihren Schwerpunkt: von normativer Gesellschaftstheorie hin zu wirtschaftssoziologischer Analyse; von »Künstlerkritik« zu »Sozialkritik« (Boltanski/Chiapello); und der Theoriegestus von feinsinniger Kulturanamnese in »eiskaltes analytisches Zufassen« (Streeck). Dieser Theorietypos der »drastischen Deskription« vermeidet offensichtlich die Untiefen der Begründungsproblematik normativer Theorie, wurde aber auch gerade für das Abblenden normativer Fragen kritisiert. Aber vielleicht steckt in der Statistik der Entwicklung der Vermögensverteilung ja ähnlich viel kritisches Potential wie in Rekonstruktionen des normativen Gehalts des Rechtssystems? Warum das so

sein könnte, ist dann freilich kein Thema der Theorie selbst mehr. Gewünscht hätte man sich eine ausführlichere Diskussion über die Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften, denn mit dieser Ausrichtung der Kapitalismuskritik liegt großes Gewicht auf der Vorhersagbarkeit der Entwicklung des hochkomplexen kapitalistischen Systems. In der Abschlussdiskussion wurde die von Streeck angebotene Diagnose des kommenden Interregnums besonders hervorgehoben: Der Zusammenbruch kommt, aber eine neue Ordnung ist noch nicht in Sicht. Ob aber die Heterogenität der Krisendiagnosen tatsächlich als Hinweis auf die Instabilität des Systems taugt oder sie nicht vielmehr auf Grundprobleme einer szientistischen Gesellschaftstheorie verweist, wäre zu diskutieren. Unzweifelhaft hingegen birgt die Stärkung der politökonomischen Perspektive interessante Impulse für die Kritische Theorie, die sich über ein normatives Fundament nie hat einig werden können und der mit dem Proletariat das Subjekt der Revolution abhandengekommen ist.

Bereichernd waren auch die vielen Beiträge, die sich konkrete Gegenvorschläge zur Überwindung oder Reform des Kapitalismus zugetraut haben. Ob ein faktisches »Jenseits des Kapitalismus« möglich ist, liegt nicht nur an dessen interner Stabilität und sozialer Legitimität, sondern auch an der Fähigkeit, sich Alternativen zum entfesselten Kapitalismus überhaupt vorstellen zu können. Ob Geld (Binswanger), Kollektivgüter (Wingert) oder die Bedeutung von Korporationen (Bojanic) – die Tagung lieferte eine Vielzahl von Anregungen für eine Repolitisierung der Ökonomie.

Literatur

Honneth, Axel (2011): Das Recht der Freiheit: Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit. Berlin: Suhrkamp.

Wallerstein, Immanuel/Collins, Randall/Mann, Michael/Derluguian, Georgi/Calhoun, Craig (Hg.) (2014): Does Capitalism Have a Future? Oxford: Oxford University Press.

Anschrift:

Fabian Anicker, M.Sc.
Redakteur der «Zeitschrift für Theoretische Soziologie»
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Soziologie
Scharnhorststr. 121, 48151 Münster
anicker@uni-muenster.de